

# Das Wort des CdA

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 9

PDF erstellt am: **05.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

schon angesichts der britischen Forderung nach sicherheitspolitischer Handlungsfreiheit und vor dem Hintergrund der engen Kooperation Grossbritanniens mit den USA unrealistisch. Da sich der Bedingungsrahmen militärischer Machtanwendung in unserer Epoche deutlich verschoben hat und weiter verschieben wird, könnte es sich sogar als Vorteil erweisen, wenn einzelne EU-Staaten ohne langwierige Debatten ihre Entscheidungen treffen und das tun, was die Lage erfordert. Dies reicht von der Bereitschaft einzelner Mitgliedsländer der Europäischen Union zu Kampfeinsätzen ihrer Streitkräfte in entfernten Regionen bis zur Nutzung neuer militärischer Technologien, z. B. von Kampfdrohnen in dem Krieg gegen den islamischen Dschihadismus oder die notwendigen Massnahmen zur Verteidigung im Cyberwar. Dabei wird Grossbritannien, anders als die übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Union, auch die enge Kooperation mit den USA auf dem sicherheitspolitisch so bedeutsamen Gebiet der Nachrichten-dienste fortsetzen.

An dem militärischen Engagement Frankreichs und Grossbritanniens bei der Bekämpfung der Terrormiliz IS (Islamischer Staat) in Syrien und im Irak kann man zudem ablesen, dass national bestimmtes sicherheitspolitisches Handeln europäischer Länder sinnvoll ist, lange Diskussionen vermeidet und wenig Anlass bietet, den betroffenen Regierungen in den Arm zu fallen. Die beiden EU-Staaten nehmen damit wichtige sicherheitspolitische Aufgaben wahr, die Europa als Ganzes derzeit nicht erfüllen kann. Und es ist in diesem Kontext zu erwarten, dass auch bei dem notwendigen Versuch, z. B. Tunesien und Libyen militärisch zu stabilisieren, nur das Engagement von EU-Staaten in Frage kommt, die ihre nationalen Interessen zu betonen pflegen.

Auch auf dem wichtigen Feld der Bewahrung wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit dürfte das Festhalten an nationalen Präferenzen nicht in jedem Fall ein Nachteil sein. Die Betonung der eigenen Sichtweise wird dabei helfen können, die beharrlich wiederholten Forderungen einiger Mitgliedsländer der Europäischen Union nach der Umverteilung finanzieller Ressourcen abzuwehren und die Notwendigkeit von Strukturreformen zu untermauern, die geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten zu verbessern.

Und mit Blick auf die Energiesicherheit wird man in absehbarer Zukunft ebenso wenig mit einer gemeinsamen Haltung der

EU-Länder rechnen können. Die Unterschiede in der Herangehensweise an diese bedeutsame sicherheitspolitische Frage dürften auch weiterhin bestehen bleiben. Angesichts der zum Teil recht grossen Abhängigkeit von auswärtigen Energielieferungen sollte man jedoch stärker als bisher auf gegenseitige Hilfe setzen und Mechanismen schaffen, die verhindern, dass machtbewusste Lieferländer, wie z. B. Russland, die europäischen Staaten auseinanderdividieren können.

### Perspektiven

Vor dem Hintergrund der unverkennbaren Tendenzen zur nationalstaatlich organisierten Antwort auf sicherheitspolitische Herausforderungen und der prekären Situation, in die sich die Führung der Europäischen Union in Brüssel und die europäischen Regierungen selbst durch ihre mangelnde Flexibilität gebracht haben, macht es wenig Sinn, an ideologischen Vorstellungen festzuhalten, die längst nicht mehr in die Zeit passen. Vielmehr werden sich die Regierungen in Europa an der Realität orientieren, analytisch vorgehen und pragmatisch handeln müssen. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Welt – von den brutalen Kriegen im Nahen Osten und dem Vordringen der islamischen Dschihadisten in Afrika bis zu den gewaltigen Migrationsströmen – und der unüberwindbaren Schwierigkeit, darauf eine gemeinsame Antwort zu geben, sollte es niemanden überraschen, wenn das «Projekt Europa» nur als lockerer Staatenverbund überleben kann. Die Nationalstaaten werden de jure und de facto die zentralen Basiseinheiten der Europäischen Union bleiben. Der wachsende Zuspruch für politische Parteien in den meisten EU-Staaten, die sich der Vertretung nationaler Interessen in besonderer Weise angenommen haben, wird diese Tendenz weiter verstärken. Diese Parteien drängen beharrlich und mit Erfolg darauf, dass die Mitgliedsländer der EU auch die Sicherheitspolitik auf diese Entwicklung zuschneiden und in der täglichen Praxis zum Prinzip des Intergouvernementalismus zurückkehren. ■



Oberst i Gst a D  
Walter Schilling  
Dr. phil.  
Freier Publizist  
I-39012 Meran (Bz)

## Das Wort des Cda

Geschätzte  
Leserschaft  
der ASMZ



Nach der Sommerpause steigen wir in eine zukunftsweisende zweite Jahreshälfte. Um das Erscheinungsdatum dieser Ausgabe herum sollte der Name des künftigen Cda bekannt werden, und in den kommenden Wochen und Monaten werden auch die weiteren Verantwortungsträger der künftigen Armee ernannt werden. Es ist wichtig, dass wir Klarheit darüber haben, wer wofür verantwortlich ist.

Die ersten WEA-Umsetzungen werden die Mitte 2017 beginnenden Kaderschulen sein, damit wir pünktlich auf den 01.01.2018 bereit sind. Abgeschlossen wird die Umsetzung der WEA plangemäss Ende 2021.

Warum aber soll die Weiterentwicklung der Armee (WEA) im Gegensatz zu den letzten Reformen (A95 und AXXI) ein Erfolg sein? Die Frage nach dem Erfolg ist in der Tat eine sehr berechtigte.

Für die Beantwortung dieser Frage ist es zentral, die kritischen Erfolgsfaktoren zu kennen. Personal, und zwar Miliz und Lohnempfänger. Kontinuität, insbesondere bezüglich Finanzen; zusammengefasst muss zugelassen werden, dass Planungen auch umgesetzt werden. Genau diese beiden Punkte wurden in der Vergangenheit nicht eingehalten.

Und da merken wir: Zur erfolgreichen Umsetzung braucht es eine gute Arbeit an der Basis, intensive Dienstleistungen, aber auch Kontinuität in der Planung und damit in den politischen Vorgaben; diese wiederum betreffen Aufgaben und Mittel – insbesondere Finanzen; zum einen für das Personal, zum anderen für die zeitgemässe Ausrüstung.

Ich verstehe durchaus, wenn jemand aus diesem Grund kritisch ist. Und darum möchte ich gerne alle, welche die Armee unterstützen, einladen, die ausgewogene und breit abgestützte Lösung mitzutragen und zum Erfolg zu bringen.

Allerdings ist der Beginn der Umsetzung der WEA nicht am 01.01.2018 oder Mitte 2017, sondern heute. Die Basis legen wir mit unserem täglichen Wirken, mit intensiver, zielgerichteter Arbeit in Schulen und Kursen.

Korpskommandant André Blattmann  
Chef der Armee